

Stand: 24.06.2026 04:14:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18

"Errichtung eines Bayerischen NSU-Opferentschädigungsfonds"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18 vom 05.12.2018
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/42 des KI vom 12.12.2018
3. Beschluss des Plenums 18/408 vom 21.02.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 21.02.2019



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Martin Runge, Gülsenen Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Toni Schuberl** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Errichtung eines Bayerischen NSU-Opferentschädigungsfonds**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:  
Der rechtsterroristische Nationalsozialistische Untergrund (NSU) ermordete  
Enver Şimşek,  
Abdurrahim Özüdoğru,  
Süleyman Taşköprü,  
Habil Kiliç,  
Mehmet Turgut,  
Ismail Yaşar,  
Theodoros Boulğarides,  
Mehmet Kubaşık,  
Halit Yozgat,  
Michèle Kiesewetter,  
aus rassistischer und extrem rechter Motivation heraus. Darüber hinaus wurden mehrere Menschen durch die Bombenanschläge der rechtsterroristischen Gruppe NSU in einem Nürnberger Lokal in der Südstadt, auf der Keupstraße und der Probsteigasse in Köln teils lebensgefährlich verletzt. Weitere zum Teil schwer verletzte Opfer gab es bei den Raubüberfällen.
2. Der Landtag bekennt sich zu seiner politischen Verantwortung gegenüber den Opfern, Angehörigen und Geschädigten der rechtsterroristischen Morde, Anschläge und Raubüberfälle des NSU, da fünf der Mordanschläge und ein Bombenanschlag in Bayern verübt worden sind, und es auch bei bayerischen Sicherheitsbehörden zu Fehlern und Fehleinschätzungen gekommen ist.
3. Der Landtag bittet die Staatsregierung darum, die Schaffung eines Entschädigungsfonds für die Opfer, Angehörigen und Geschädigten der Taten des NSU zu prüfen und dem Landtag hierüber zu berichten.

### **Begründung:**

Vor sieben Jahren wurde bekannt, dass der rechtsterroristische Nationalsozialistische Untergrund (NSU) über Jahre hinweg zehn Menschen größtenteils aus rassistischer Motivation getötet oder schwer verletzt hatte. Fünf der neun Morde wurden in Bayern verübt, zwei davon in der Landeshauptstadt München. Enver Şimşek wurde am 09.09.2000 in Nürnberg, Abdurrahim Özüdoğru am 13.06.2001 in Nürnberg, Habil

Kiliç am 29.08.2001 in München, Ismail Yaşar am 09.06.2005 in Nürnberg und Theodoros Boulgarides am 15.06.2005 in München erschossen.

Angehörige der Opfer hatten vermutet, dass die Taten nicht wie von Sicherheitsbehörden und Medien angenommen mit organisierter Kriminalität, Drogengeschäften oder Prostitution in Verbindung standen, sondern rassistisch motiviert waren. Statt ihre Aussagen ernst zu nehmen und ihren Befürchtungen nachzugehen, wurden die Betroffenen zuweilen selbst zu Unrecht verdächtigt. Viele von ihnen hatten in der Folge neben dem Verlust des Angehörigen mit sozialer Isolierung und gesellschaftlicher Stigmatisierung zu kämpfen.

Die Aufklärung der Taten förderte zu Tage, u. a. durch die Ergebnisse des NSU Untersuchungsausschuss des Landtags, dass die Ermittler auch in Bayern wichtige Spuren nicht verfolgt hatten. Obwohl beispielsweise eine Zeugin am Nürnberger Tatort zwei Männer beobachtete und diese auf Aufnahmen aus dem Umfeld des Bombenanschlags in der Kölner Keupstraße wiedererkannte, wurde ihrer Aussage nicht nachgegangen. Hinterbliebene fragen sich, ob der NSU früher hätte gestoppt werden können, wenn Sicherheitsbehörden den Hinweisen von Zeuginnen sowie Zeugen und Angehörigen gefolgt wären.

Die Betroffenen leiden bis heute unter den Spuren, welche die mörderischen Taten des NSU in ihrem Leben hinterlassen haben – besonders die psychischen, aber auch die materiellen Folgen sind schwerwiegend. Mit diesen Auswirkungen darf der Freistaat die Menschen nicht alleinlassen.

Der Landtag bittet die Staatsregierung darum, die Schaffung eines Entschädigungsfonds für die Opfer, Angehörigen und Geschädigten der Taten des NSU zu prüfen und dem Landtag hierüber zu berichten. Dieser soll eine unbürokratische und zeitnahe Unterstützung ermöglichen und finanzielle Belastungen lindern.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Dr. Martin Runge u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Drs. 18/18**

**Errichtung eines Bayerischen NSU-Opferentschädigungsfonds**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Katharina Schulze**  
Mitberichterstatler: **Alfred Grob**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 02. Sitzung am 12. Dezember 2018 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 24. Januar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 03. Sitzung am 30. Januar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 7. Februar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

**Dr. Martin Runge**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Martin Runge, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Toni Schuberl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/18, 18/42

### **Errichtung eines Bayerischen NSU-Opferentschädigungsfonds**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Thomas Gehring**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe Zustimmung aller Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.



**Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Martin Runge u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Errichtung eines Bayerischen NSU-Opferentschädigungsfonds  
Drs. 18/18, 18/42 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Messnetz für Ultrafeinstaub am Münchner Flughafen installieren  
Drs. 18/44, 18/352 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Digitale Bildung ermöglichen –  
Verbesserung der schulischen IT-Betreuung  
Drs. 18/106, 18/350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>